

Zu Punkt 22	Ausbauplanung Kindertageseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2017/2018 bis 2022/2023
--------------------	---

Diskussionsteilnehmer:

RH Dr. Brenner (Bündnis 90/Die Grünen), RH Dr. Schlegelmilch (CDU), RF Finger (FDP), RH Schultz (DIE LINKE), Beigeordnete Schall, RH Heinrichs (SPD), RH Sasserath (Bündnis 90/Die Grünen), Stadtdirektor und –kämmerer Kuckels, RF Bögner (Bündnis 90/Die Grünen), RH Hendricks (CDU)

Die Bezirksvertretungen West, Nord, Süd und Ost, der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

- A. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der vorgelegten Ausbauplanung den Neubau von zunächst 6 weiteren Kindertageseinrichtungen, den Aufbau von 3 Dependancen von Kindertageseinrichtungen und den Anbau von 2 Gruppen an die Kindertageseinrichtung Saasfelder Weg zu initiieren, damit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für 95,3 % der Kinder im Alter von 3 - 6 Jahren und für 41,3 % der Kinder unter drei Jahren im Kindergartenjahr 2018/2019 erfüllt werden kann.
- B. Die Verwaltung wird beauftragt beginnend ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 bis zum Kindergartenjahr 2022/2023 die Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gemäß den Zielvorgaben dieser Beratungsvorlage stufenweise auszubauen, bis im Kindergartenjahr 2022/2023 für 49,7 % der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Dies unter Berücksichtigung der jährlichen Bevölkerungsentwicklung und unter Einbeziehung turnusmäßiger Bedarfsabfragen.
- C. Die Verwaltung wird beauftragt zur Sicherstellung des notwendigen zukünftigen Personalbedarfs die Stellen innerhalb der städtischen Kindertageseinrichtungen für Erzieher/innen im Anerkennungsjahr von derzeit 30 auf insgesamt 38 Stellen aufzustocken.
- D. Die aus dem Beschluss resultierenden finanziellen Auswirkungen sind – wie in der Finanzwirksamkeit dargestellt – im Haushalt 2018 bzw. in der Finanzplanung 2019 – 2023 zu veranschlagen.

Wörtliche Protokollierung:

„RH Dr. Brenner:

Wir haben im letzten Jahrzehnt eine sehr starke Ausbaudynamik an Kindertagesstätten in der Stadt gehabt. Seit 2010 haben wir z. B. die Plätze für unter 3 jährige von einer Prozentzahl unter 10 % auf weit über 30 % hochfahren können. Aber in den letzten Jahren ist die Ausbaudynamik etwas erlahmt. Das hat zu einer erheblichen Versorgungslücke geführt, die inzwischen bedrohlich zu werden scheint. Wir haben mitgeteilt bekommen, dass 2000 Elternpaare eine Mitteilung bekommen haben, dass der von ihnen gewünschte Kindergartenplatz in diesem Jahr nicht zur Verfügung steht. Davon werden noch sicherlich einige abgearbeitet werden können, aber wir rechnen damit, dass weit über 1000 Elternpaare für das anstehende Kindergartenjahr keinen Platz bekommen werden. Das Problem verschärft sich dadurch, dass die vorhandenen Kitas in der Stadt dort wo das so gefahren wird, wo das Programm so gefahren wird, alle bis zur Oberkante mit Überbelegungen versehen sind, so dass im laufenden Kindergartenjahr auch keine

zusätzlichen Kinder mehr aufgenommen werden könnten. In den letzten Jahren ist der Zubau an Kindertagesstätten nur sehr gebremst erfolgt, was jetzt die Problematik sehr verschärft hat. Das bedroht inzwischen meiner Meinung nach auch das Ausbauprogramm „Wachsende Stadt Mönchengladbach+“, weil ein Ausbau der Stadt ohne einen begleiteten Ausbau der Sozialinfrastruktur auf mittlere Sicht gar nicht vorstellbar ist. Also junge Familien werden sicherlich nicht nach Mönchengladbach ziehen, wenn ihnen nicht ein Kindergartenplatz in Aussicht gestellt werden kann. Ich erinnere daran, dass es in umliegenden Gemeinden, also z.B. in der Stadt Düsseldorf oder in Schwalmtal eine weit höhere Versorgungsquote gibt, so dass Eltern das auch in ihrer Überlegung einbeziehen können, ob sie nach Gladbach ziehen oder nicht und außerdem kommt die sozusagen pekuniäre Verzerrung dazu. In Düsseldorf sind Kita-Plätze kostenfrei und in Mönchengladbach muss man einiges dafür zahlen. Also, wir haben da ein Handlungsfeld, dem wir uns sehr sorgsam jetzt nähern müssen und eigentlich sehr schnell nähern müssen, weil wir sonst diese Versorgungslücke jahrelang vor uns herschieben. Deswegen sieht unser Antrag unter anderem vor, dass einige der Ausbaumaßnahmen vorgezogen und schon sehr zeitnah umgesetzt werden. Die Verwaltung hat eine zum ersten Mal seit sehr vielen Jahren, eine mittelfristige Ausbauplanung vorgelegt, die solide mit sehr genau berechneten Bedarfszahlen unterlegt ist. Natürlich handelt es sich um Bedarfszahlen und Prognosen, die an der einen oder anderen Stelle hinterm Komma noch revidierbar sind eventuell, aber die Richtung müsste von allen Fraktionen mitgetragen werden und wir plädieren dafür, dass die gesamte Vorlage der Verwaltung von Punkt a bis d von allen Fraktionen akzeptiert wird. Wir wissen, dass das eine sehr große Herausforderung für die Haushaltsberatungen sein wird. In der letzten Ausbaustufe bedeutet das 16 Mio. Investitionen der Stadt im Verwaltungshaushalt. Ich weiß, dass das eine sehr große Herausforderung ist, aber ich sehe auch, dass es um einen Rechtsanspruch geht und dass wir eigentlich keine Wahl haben, als dem zu zustimmen. Jetzt habe ich in den vorhergehenden Gremien diverse Bremsspuren beobachtet, die besonders wahrscheinlich den Punkt d herausnehmen wollen aus der Beschlussvorlage. Wir plädieren dafür, dass die Verwaltungsvorlage voll umfänglich vom Rat verabschiedet wird und dass da keine Abstriche gemacht werden. Also, der Grüne-Antrag beinhaltet außerdem noch, dass die Gemeinbedarfsflächen, die nötig sind um eine Kita zu bauen, sehr schnell verwaltungsintern geklärt werden unter den Ämtern und zur Verfügung gestellt werden und dass für den Fall, dass die freien Träger in der Stadt sich nicht in der Lage sehen, alle diese ungefähr 30 geplanten Einrichtungen und Erweiterungen selbst zu übernehmen als Träger, dass dann für diesen Fall die Stadt in die Trägerschaft eintritt, um das ganze Projekt abzusichern.

RH Dr. Schlegelmilch:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, vielleicht gerade erst mal in Bezugnahme auf den Vorredner Dr. Brenner von den Grünen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass die Situation so ist, wie Sie sie hier gerade geschildert haben. Das möchte ich in der Deutlichkeit oder in dem Ausmaße jedenfalls, wie Sie das hier beschreiben, als Missstand, in diesem Ausmaß eigentlich bezweifeln. Das ist bitte nicht zu verwechseln mit unserer Haltung, dass auch wir alle natürlich der in Kenntnis natürlich einer Mangelsituation wissen, dass hier Handlungsbedarf besteht und dass hier auch Umsetzung geboten ist. Das möchte ich mal in aller Deutlichkeit vorweg schieben. Und das Wort „Bremsspuren“ haben Sie, glaube ich verwendet. Das irritiert mich etwas, und zwar deswegen, weil ich das Ziel, eine Vollversorgung mit Kita-Plätzen für alle Kinder in Mönchengladbach, nicht nur für richtig sondern absolut für zielführend halte, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Strategie MG+, Wachsende Stadt. Wir befinden uns natürlich in

einem Wettbewerbsumfeld, in dem es uns sicherlich grundsätzlich in Mönchengladbach gut zu Gesicht stände, hätten wir die Möglichkeit, allen Kindern einen Kita-Platz anzubieten. Das erst einmal ein klares Bekenntnis an erster Stelle. Das was Sie als Bremsspuren betrachten, Herr Dr. Brenner, ist aber durchaus eine, finde ich, sehr legitime Frage. Und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt, dass wir hier als Mitglieder und auch Fraktionen im Rat einen Anspruch haben, zu erfahren, wie im Prinzip eine Finanzierung aussehen soll. Ich finde auch, dass die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf haben muss und haben sollte, wie denn im Prinzip ein solches Vorhaben – wir reden hier ja nicht über einen Fraktionsantrag, sondern das ist ja eine Vorlage des Verwaltungsvorstandes an dieser Stelle, die von uns legitimiert werden soll oder ermächtigt werden soll ohne dass wir einen Hinweis finden oder sagen wir mal, wir können uns ihn irgendwo in den hinteren Seiten erschließen, dass es da ansatzweise ein paar Ideen gibt, aber da wir hier über eine millionenschwere Vorlage reden, ist es wichtig, dass wir und die Öffentlichkeit erfahren, wie dies denn finanziell gestemmt werden soll. Insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, welcher Automatismus liegt hinterher vor an dieser Stelle und man muss schon wissen, welchen Preis das Ganze hat. Auch wenn man, da kann man ja auch sagen, diesen Preis ist man am Ende auch bereit zu teilen oder auch zu tragen, aber den Preis, den sollte man immer kennen. Und warum sage ich das sehr deutlich? Weil eigentlich diejenigen, die uns diese Aufgabe, eben wurde ja von einer gesetzlichen Aufgabe gesprochen, die im Übrigen ja nicht gerade neu ist, sondern diese gesetzliche Situation und Verpflichtung besteht nunmehr seit vielen Jahren und in diesen Jahren haben in dieser Stadt unterschiedlichste Mehrheiten, Ratsmehrheiten die Verantwortung getragen. Also insofern brauchen nun wir nicht ausgerechnet alle zum jetzigen Zeitpunkt auf die gesetzliche Verpflichtung zu verweisen. Die hat nämlich schon ganz lange bestanden. Wie übrigens auch an vielen anderen Stellen. Und eigentlich müsste derjenige, der uns die gesetzliche Verpflichtung aufgibt, das kommt in Berlin, in Düsseldorf, also Land und Bund um es auf den Punkt zu bringen, hätten eigentlich auch die Verpflichtung die Kommunen so auszustatten, dass es nicht nach dem Motto läuft, ja, Freud- und Leidgemeinschaft, die Freuden werden in Berlin und Düsseldorf getragen und das Leiden, wie immer, meine Damen und Herren, in den Kommunen. Und insofern muss man, glaube ich an dieser Stelle nicht außerirdische Kräfte haben, sondern man kann sich sehr pragmatisch vorstellen, dass bei der Umsetzung dann zumindest die höheren Ebenen mal wieder sich wahrscheinlich umdrehen werden. Und wenn ich dann gucke oder wir dann gucken, uns anschauen, wo die freien Spitzen in den letzten Jahren und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren im Haushalt ist, Stichwort: Mönchengladbach, ist nach wie vor im Haushaltsstärkungspakt des Landes NRW unumkehrbar. Diesem Ziel haben wir uns verpflichtet, dann kann ich im Moment nicht erkennen, aus welcher freien Spitze heraus diese wünschenswerte Maßnahme im Moment finanzierbar ist. Und insofern glaube ich wäre es schon wichtig, dass wir hier so deutlich darüber sprechen: Was ist der Preis? Und im Finanzausschuss haben wir aus Richtung FDP zumindest die Vermutung gehört, es könnte ja eine Steuererhöhung sein. Vielleicht sogar eine wohlwollende Vermutung gehört. Unter dem Gesichtspunkt, dass dies vielleicht der Plan ist, hätte ich die Frage: Weiß man schon, wie die Hebesätze sein sollen? Ich finde auch, diese Frage ist legitimiert. Und die zweite Frage: Müssen wir in Zukunft das Theater angreifen oder ist eine Abkehr vom Ziel der saubersten Großstadt in NRW zu erwarten? Ich finde, das sind ungefähr äquivalente Betragsgrößenordnungen und ich finde das sehr legitim, dass wir und auch die Öffentlichkeit erfahren, welche Gedanken man sich hierzu gemacht hat. Ich hätte aber später noch weitere Rückfragen, aber das kommt dann. Besten Dank.

RH Küpper:

Darf ich zugunsten von Frau Finger- die hatte sich vor mir gemeldet- zurückziehen? Denn sie war eindeutig vor mir.

RF Finger:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich war ein bisschen irritiert, dass es jetzt schon so unterschiedliche Ansichten davon gibt, wie unsere Situation ist. Ich selber glaube auch, dass die Situation nicht gut ist. Ich kann aber die Zahlen von Dr. Brenner jetzt auch nicht nachvollziehen, weil ich sie einfach nicht belegen kann. Aber mit Sicherheit kann die Fachverwaltung uns ja gleich ausführen, wie viele Eltern in diesem Kindergartenjahr, also für das nächste Kindergartenjahr, tatsächlich einen ablehnenden Bescheid in Sachen Kindergartenplatz bekommen haben. Das ist ja für uns als Politik schon wichtig, zu wissen, wie ist da unsere Situation? Da wird es ja eine präzise Zahl geben. Das zum Ersten. Vergesse ich auch nicht. Möchte ich beantwortet haben. Zum Zweiten finde ich es schon ein starkes Stück, was der CDU Fraktionsvorsitzende hier gerade versucht zu konstruieren. Der versucht gerade zu konstruieren, dass man aufgrund des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz in dieser Stadt eine Steuererhöhung machen sollte. Das Erste, was man mal tun muss, meine Damen und Herren, wenn man merkt, man kommt mit dem Geld nicht aus, ist nicht, einen Dritten zu fragen, ob er noch mehr Geld geben kann, sondern sich mal zu überlegen, was kann ich denn mal einschränken, damit am Ende das Geld reicht. Und selbstverständlich muss ich mir dann mal angucken, was mir dafür zur Verfügung steht. Und dann werden jetzt natürlich immer die Dinge genannt, von denen man glaubt, oh, da schreit jetzt vielleicht auch Frau Finger besonders auf, wenn es heißt Theater! Und dann glaubt man ja mittlerweile, dass diese Sauberkeitsdimension völlig unangefochten in dieser Stadt ist. Aber ich glaube, man kann sich so einen Haushalt schon mal genau danach anschauen, ob alles, was Groko in den letzten Jahren in diesen Haushalt hinein gepackt hat, wirklich wichtiger ist, als der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, es gibt überhaupt keinen Rechtsanspruch auf ein neues Rathaus, meine Damen und Herren der großen Koalition. Und wir werden da mal genau reinschauen müssen, wie Dinge sich finanzieren lassen. Sie werden von Seiten der FDP garantiert keinen Wunsch nach Steuererhöhungen hören, weil wir letztendlich glauben, dass das etwas ist, was wir hier für uns ausmachen müssen. Das wird aber nicht gelingen an dem Punkt, der Verwaltung den schwarzen Peter zu zuschieben, weil letztendlich Verwaltung an politische Beschlüsse gebunden ist. Wenn wir also da die Rolle rückwärts in dem einen oder anderen Punkt machen wollen, weil wir das eben müssen, dann muss Politik das tun. Dann kann man die Karte nicht einfach wieder aus der Hand geben. Vorher alles ausgeben und wenn es nicht mehr reicht, sagen: Hol Du mal neues Geld rein! Dann muss man da jetzt noch einmal an seine Hausaufgaben gehen. Ich habe in meiner letzten Haushaltsrede schon ausführlich dargelegt – da verweise ich jetzt einfach mal auf das Protokoll, die liegt da glaube ich bei – wie wir hier über unseren Durst leben. Und dass ich prophezeie, dass es am Ende Steuererhöhungen geben könnte, wenn man das nicht einschränkt. Wir sehen auch in dieser Ratssitzung – der Antrag kommt gleich noch. Ich führe das an der Stelle nicht aus – dass wir wieder einen Groko-Antrag haben, der letztendlich Finanzwirksamkeiten erzeugt, die hier noch nicht einmal beziffert werden, wo wieder ein Persilschein gemacht wird für Ausgaben, die da kommen. Meine Damen und Herren, so lange Sie so verfahren, können Sie nicht versuchen, Dritte wieder hier in Anspruch zu nehmen, um entweder Ihre Finanzierungen herbei zu beschließen oder um die letztendlich zu leisten.

RH Schultz:

Ich bin erst einmal etwas verwundert. Im Hauptausschuss wurde von vornherein der Tagesordnungspunkt von der Groko zurückgezogen und angekündigt, dass heute ein eigener Antrag kommen soll. Jetzt sind wir bei Grundsatzdiskussionen, wo Sie mir sonst immer vorwerfen: Die haben wir doch schon in den Fachausschüssen diskutiert! Aber ich bin da ja bei Ihnen. Wir können das gerne noch mal im Rat diskutieren. Nur bevor ich in diese Diskussion einsteige und es sollte jedem klar sein: Die Linke ist für den Ausbau der Kitas, bedingungslos! Wir brauchen diese Plätze und zwar schnell! Die Linke sieht auch, es gibt genug Geld. Es ist nur falsch verteilt und es wird hier auch in dieser Stadt teilweise falsch ausgegeben. Das heißt, den einen Teil müssen wir in Bund und Land ändern, den anderen Teil können wir aber auch tatsächlich hier direkt in der eigenen Stadt ändern. Aber bevor ich gegebenenfalls mit einer zweiten Meldung da noch mal genauer darauf einsteige, habe ich eigentlich eine ganz einfache profane Frage. Uns ist nämlich nicht ganz klar, Betrather Str. wurde ein Ersatzbau beschlossen, der fünf Gruppen beinhalten sollte. Wenn uns hier das richtige zu Ohren gekommen ist, wird Betrather Str. jetzt aber nur so ausgebaut, dass es vier Gruppen sind. Ist das hier in der Vorlage überhaupt schon berücksichtigt oder entsteht dort noch mal ein weiteres Loch von einer Gruppe? Das ist uns jetzt nicht so ganz klar geworden.

Beigeordnete Schall:

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, zunächst muss ich natürlich noch mal ganz kurz ausholen, weil wir eben ja hier nicht im Fachausschuss sind. Die Fachausschussmitglieder sitzen natürlich auch hier, aber eben nicht nur. Es geht tatsächlich darum, den Rechtsanspruch auf die Kita-Plätze zu erfüllen. Jedes Kind hat ab dem 1. Lebensjahr einen Anspruch auf Betreuung. Ab dem 3. Lebensjahr einen Anspruch auf einen Kindertagesplatz. Es geht nicht darum, eine Vollversorgung von 100 % der Kinder in Mönchengladbach zu erreichen, denn wir wollen ja nach wie vor dem Elternwillen Rechnung tragen. Jedes Kind soll die beste Betreuung bekommen, die seine Eltern für ihr Kind aussuchen. Das kann bei den Kleinen eine Tagesmutter sein und das kann auch durchaus eine andere Betreuungsform sein. Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern muss jedoch ein bedarfsgerechtes und ein hochwertiges qualitatives Angebot haben. Wir haben eine aktuelle Elternbefragung gemacht, die im zuständigen Jugendhilfeausschuss auch vorgestellt wurde. Diese Elternbefragung hat ein anderes Bild ergeben, als die letzte Elternbefragung. Von daher ist auch nichts versäumt worden von uns als Stadt, sondern der Bedarf, insbesondere bei der Kinderbetreuung der unter 3 jährigen, hat sich in den Jahren nach vorne entwickelt. Viel mehr Eltern als noch vor 3 Jahren wollen heute ihr unter 3 jähriges Kind betreuen. Es geht aber nach wie vor nicht um die Vollversorgung, sondern es sind 49 % der Eltern von Kindern unter 3 Jahren, die sagen, sie haben den Bedarf nach einem Betreuungsplatz. Da wir aber auch wissen, dass eine Befragung nicht zwingend mit dem einhergeht, was tatsächlich dann von den Kindern angemeldet ist, haben wir selbst schon gesagt, dass wir regelmäßig nachprüfen. Wir könnten ja tatsächlich sehen, wer von den befragten Eltern in zwei Jahren beispielweise sein Kind in die unter 3 jährigen Betreuung angemeldet hat und wer das nicht hat, also wir könnten tatsächlich konkret feststellen: Ist der der Bedarf real, der auch angegeben wird, der auch am Ende angefordert ist? Das werden wir auf jeden Fall machen als Jugendamt. Wir müssen ohnehin eine jährliche Planung vorlegen, wir müssen ja beim Landesjugendamt die Plätze anmelden. Das ist auch immer im Jugendhilfeausschuss. Von daher wird die Beteiligung der Politik immer stattfinden. Nicht nur, weil wir das wollen. Das ist auch tatsächlich von Gesetzes wegen so vorgesehen. Uns geht es eben darum, jetzt gemeinsam den neuen Weg zu gehen und nach

vorne zu gucken, aber immer mit der Möglichkeit in der jährlichen Überprüfung zu sagen: Die Zahlen sind so und so! Wir wissen ja nicht, vielleicht werden ja in 2 Jahren, 2020 gar keine Kinder mehr geboren oder in Mönchengladbach oder doppelt so viele. Dann müssten wir natürlich anpassen. Wir werden jedes Jahr in der Ausbauplanung die aktuelle Quote übermitteln und eben keine Vollversorgung planen, sondern die Versorgung, die von den Eltern real gewünscht wird. Wir haben insbesondere, was Herr Dr. Brenner sagt, bei dem Punkt der Trägervielfalt immer in Mönchengladbach darauf geachtet, das habe ich auch fortgeführt und werde es weiter fortführen, dass die Vielfalt erhalten bleibt. Dass die Eltern die Wahlmöglichkeit haben in eine städtische Kita zu gehen, in eine konfessionelle Kita zu gehen oder in eine andere Kita zu gehen. Das werden wir immer unterstützen. Wir haben auch ganz aktuell das Bekenntnis der Träger bekommen, dass sie auch weiter mit uns gemeinsam diesen Weg gehen wollen. Nur dann ist die optimale Wahlmöglichkeit für alle Eltern da. Das wird auf jeden Fall unser Ziel sein. Was die Frage nach den tatsächlichen Plätzen angeht. Wir sind noch im Verfahren. Also auf Ihre Frage, Frau Finger, wie viele Bescheide haben wir verschickt? Die Antwort ist ganz einfach: Null. Wir sind noch im Verfahren. Wir sind noch dabei, Nachbedarfe festzustellen, welche Eltern einen anderen Kita-Platz möchten oder annehmen würden, als ihren Wunsch-Kita-Platz. Da finden konkrete Gespräche statt mit den Kitas, mit den Eltern. Wir hoffen noch, dass wir da möglichst viele abdecken werden. Im Endeffekt wird es darauf ankommen, wie viele Eltern sagen, sie nehmen dann lieber keinen Kita-Platz. Die Zahlen haben wir ja letzte Woche veröffentlicht, aber negative Bescheide mussten bisher noch nicht verschickt werden. In der Bettrather Str. sind wir derzeit noch in der Verhandlung mit dem Träger und mit der Kirche. Der aktuelle Stand ist, dass es 4 Gruppen gibt. Wenn ich mich heute festlegen müsste, würde ich sagen, es wird 4 Gruppen geben. Wir sind aber mit den Verhandlungen noch nicht am Ende. Ich müsste genau in die Vorlage gucken, weil die Verhandlung immer noch laufen und wir unterschiedliche Verhandlungsstände haben, welchen Stand wir in der Vorlage hatten. Das wäre dann eine Gruppe. Je nachdem ob das eine Ü 3 oder eine U 3 Gruppe wäre, sind dann zwischen 10 und 20 Kinder. Die könnten tatsächlich noch drin sein. Aber wir reden hier weit über 1000 Kinder. Da sind 10 auch viel und für die Eltern ist natürlich jeder einzelne Platz relevant. Das ist klar. Aber ich müsste gucken, welchen aktuellen Verhandlungsstand die Vorlage wiedergibt. Er ist aber, wie gesagt, nicht beendet, der Verhandlungsstand und von daher, bevor der Plan für diese Kita noch nicht abgeschlossen ist, kann ich Ihnen da keine konkrete Auskunft geben.

RH Dr. Brenner:

Herr Oberbürgermeister, zunächst erst mal zur Unklarheit, was die Zahlen anbetrifft. Die Zahlen sind alle so, wie ich sie vorgetragen habe in den Fachausschüssen vorgetragen worden und sind auch in der Presse transportiert worden - unwidersprochen. Also, ich gehe davon aus, dass 2000 Eltern wahrscheinlich auf elektronischem Wege oder wie immer mitgeteilt bekommen haben, dass der von Ihnen gewünschte – so war die Formulierung des Vertreters des Jugendamtes- der von Ihnen gewünschte Kindergartenplatz im Moment nicht zur Verfügung steht und dass davon ein Teil noch abgebaut werden kann. Zur Finanzfrage. Mich hat irritiert, Herr Schlegelmilch, was Sie zu den freien Spitzen gesagt haben. Die waren in letzter Zeit wahrscheinlich wirklich sehr klein. Aber Sie haben auch reihenweise finanzwirksame Grundsatzentscheidungen für die Zukunft getroffen, die ganz viele Finanzmittel binden werden für die Zukunft. Es geht hier um Prioritätensetzung. Sie können die Prioritäten so oder so setzen. Wir würden jedenfalls die Prioritäten „pro Kitas“ setzen. Mich hat auch irritiert, dass Sie hier darlegen, dass die Bundesregierung und die Landesregierung mehr tun könnte. Sie sind jetzt in Düsseldorf in der angenehmen Lage, das

abzuändern und dafür zu sorgen, dass Mönchengladbach in diesem Punkt entlastet wird. Sie sind auch in Berlin in der Lage entsprechende Beschlüsse zu fassen in Ihrer Partei, dass es für die Stadt günstiger wird. Ich habe noch eine ganz konkrete Frage zu dem, was Sie formuliert haben in Ihrem Antrag. Dort wird die Mittelfreigabe als Voraussetzung formuliert für die Umsetzung dieses Programms. Meine Frage dazu Herr Schlegelmilch: Können Mittel zur Erfüllung eines Rechtsanspruches nicht freigegeben werden?

Das macht aus meiner Sicht Ihren Antrag nicht zustimmungsfähig, weil Sie alles unter Finanzierungsvorbehalt stellen, was klar ist, aber Sie haben das in den Haushaltsberatungen voll in der Hand. In den nächsten Haushaltsberatungen haben Sie in der Hand, die Mittel so oder so auszugeben und dieses Ausbauprogramm Kitas abzusichern oder nicht abzusichern. Das ist eine Prioritätenentscheidung. Da müssen Sie jetzt Farbe bekennen. Wir würden Sie da nicht aus der Verantwortung lassen.

RH Heinrichs:

Erst einmal will ich die Verwaltung loben, weil die Vorlage, die Sie vorgelegt haben, ist beispielhaft dafür, wie man mit einer Rahmenplanung umgehen kann. Nämlich uns auch sehr genau aufzuzeigen, wo gibt es Versorgungsprobleme nach einer Elternbefragung, also ein durchaus fundierter Wert, der jährlich dann fortzuschreiben ist, weil eine Befragung natürlich nur eine Befragung ist. Das gleiche Thema diskutieren wir bei Ogata-Anmeldungen. Aber erst einmal, es gibt eine Datenerhebung am Anfang, dann schreibt die Verwaltung rein, was können wir tun, wir nennen schon konkrete Standorte, Gruppengrößen und sagt auch was zur Trägerstruktur. Sie geht hin und sagt, wie können wir uns mit dem Fachkräftemangel auseinandersetzen, den wir im Erziehungsbereich haben, in dem wir die Anerkennung stellen, aufwerten und ausweiten wollen. Nennt noch weitere Punkte, die eben im Moment natürlich noch vielleicht ein bisschen unkonkreter sind, geht auf die Wohnungsbaugesellschaften ein, sagt: Wo können wir als Stadt selber tätig werden? Schreibt Verfahren zum Trägerdialog und so weiter und so weiter vor. Insoweit erst einmal ein großes Lob für diese Vorlage, die in Gänze für uns auch eine sehr informative ist. Wie alles was aber einen großen Rahmen darstellt, kommen da natürlich große Fragezeichen. Das ist ja auch logisch. Und über die reden wir ja nicht nur heute, sondern auch schon in den vorangegangenen Gremien. Und deswegen: Auch wenn uns das Ziel eint, möglichst jedem Kind und jedem Elternteil, die gerne eine Kita für ihr Kind haben möchten, zu errichten, müssen wir uns eben trotzdem damit auseinandersetzen, wie wir es realisieren können. Und das ist ja die Krux bei einem Rechtsanspruch. Natürlich gibt es einen Rechtsanspruch und wir sind jetzt in der Verantwortung gemeinsam mit der Verwaltung – das ist kein Gegeneinander, sondern natürlich ein Miteinander- den Weg zu suchen und aufzuzeigen, wie wir es auch real hinkriegen können. Und das macht die Verwaltung jedes Jahr mit der Fortschreibung des Kindergartenbedarfsplanes, wo sie sagt: An den Stellen die Gruppen! Und jetzt eben mit einem größeren Rahmenplan, wo es dann natürlich auch um echt viel Geld geht. Und das darf man auch nicht vergessen. Und wenn man den Rechtsanspruch an dieser Stelle bringt, muss man ehrlicherweise auch sagen, dass wir in vielen Stellen einen Rechtsanspruch haben, den wir als Stadt natürlich auch überall erfüllen (manchmal vielleicht nicht so, wie sich der Betroffene Bürger das wünscht). Da können wir über Lärmschutz reden, wo wir dann zu suboptimalen Maßnahmen wie Tempo 40 – Bereichen kommen. Das macht ja keiner, weil wir gerne 40 durch die Stadt fahren oder weniger, sondern weil wir es uns nicht erlauben können, entsprechend andere Maßnahmen, die wesentlich teurer sind, in Kauf zu nehmen. Wir haben andere Beispiele, die ich jetzt alle gar nicht nennen will, weil die Zeit begrenzt ist. Ich will auch nicht die Frage von Lärmschutz und Kitas oder was auch immer in Vergleich ziehen, weil jeder Vergleich hinkt da. Kita für uns, gerade natürlich für uns

als Sozialdemokraten ein extrem wichtiges Thema, weil wir darin auch Bildungsgerechtigkeit festmachen. Insoweit, glauben Sie mir, wenn wir am Ende der Debatte heute dazu kommen einen Rahmen auch als Rahmen zu betrachten und auch zu konkreten Schritten zu kommen. Das ist auch gar nicht in Frage, soweit, Herr Dr. Brenner. Sie sagen, der Antrag von Herrn Dr. Schlegelmilch! Bisher haben wir ja noch keinen Antrag formuliert. Was ich gerne noch sagen will -und das auch durchaus bisschen provokant und in Richtung der FDP-. Die Nicole Finger hat davon gesprochen, und das kam dann bei Dr. Brenner eben noch mal mit raus, dass wir als Groko Millionen Mittel in der Zukunft gebunden hätte, und die müssten wir ja jetzt eigentlich dagegen rechnen. Nach dem Motto: Ihr macht ja irgendwie nur Luxus und nur schöne Sachen, aber das was wichtig ist, nämlich die Kita auszubauen, das macht ihr nicht. Und dem möchte ich ganz entschieden widersprechen. Wofür haben wir in den letzten Jahren Geld über Haushaltsanträge bereitgestellt? Wir haben Millionen in die Hand gepackt um unsere Schulen auszubauen. Und da rede ich nicht nur von „guter Schule“, da rede ich auch darüber, dass wir die 6. Gesamtschule finanzieren. Wir haben im letzten Haushaltsantrag einen Millionenbetrag insgesamt reingestellt. Der ist dann von der Verwaltung in der ersten Änderungsliste übernommen worden übrigens, aber das war unser Tableau noch mal für Kinderbetreuung. Weil wir gesagt haben, im Haushalt steht noch nichts perspektivisch drin. Da haben wir gesagt, wir wollen mehr LENA-Gruppen und so weiter. Es ist dann übernommen worden, ist ja umso schöner, aber das war eine Initiative von uns. Natürlich haben wir auch mehr Geld für die AÖR, für die mags mit eingestellt. Das haben wir aber finanziert. Da sind wir hingegangen und haben gesagt, es gibt eine Reihe von Zielen und dafür haben wir 2016 nicht den einfachen Beschluss gefasst oder 2015 für 2016, aber im Breite getragen die Einnahmesituation der Stadt und dann reden wir von Steuern zu erhöhen. Das haben wir gemacht. Da haben wir uns auch nicht vor gescheut. Lieber Torben Schultz, wir haben gesagt: Das sind Projekte, für die brauchen wir mehr Geld und dann sind wir hingegangen und haben auch die Einnahmehasis verbreitert, natürlich mussten die Bürgerinnen und Bürger die Steuern zahlen. So ist das in einem Staat nun mal. Aber ob das von Bund und Land kommt, auch das sind Steuermittel. Da kommt ja keiner und wirft das Geld vom Mond und sagt: Jetzt habt Spaß damit. Es sind immer die Bürgerinnen und Bürger unseres Staates, die das finanzieren. Das darf man nicht vergessen. Und deswegen muss man über Gegenfinanzierung sprechen, darf aber nicht sich so einfach machen und sagen, dann durchforsten wir mal den Haushalt. Das machen wir seit den 90er Jahren, durchforsten wir den Haushalt nach Einsparpotential. Und wenn Sie mir heute zeigen, wie Sie 13 Millionen aus dem laufenden Haushalt einfach mal rausziehen, wir nehmen das gerne! Vielleicht finden Sie auch 20 oder 25 Millionen. Ich bin gespannt. Danke.

RH Sasserath:

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, das Thema, das wir hier erörtern berührt ja im Grunde nach einen wesentlichen Teil der Struktur unserer Stadt. Also, wer sich mit der Struktur der Stadt auseinandersetzt, ich denke, ich würde mal das Stichwort nehmen, wie das so neudeutsch heißt: Bildungsferne Haushalte. Jedes 3. Kind wächst in einem SGB II Haushalt auf in Mönchengladbach. Wir wissen, wieviel Jugendliche, wir kommen heute auch noch dazu, wieviel Jugendliche in Mönchengladbach die Schule nicht beenden mit einem Schulabschluss. Und wenn Sie dann die Wirkungsketten untersuchen, dann sagen Ihnen die Bildungsforscher, die frühkindliche Förderung ist die stärkste Förderung für ein Kind. Ich könnte da etwas biografisches dazu beitragen, möchte ich aber nicht machen. Ich bin ja schon ein älterer Mensch und ich hatte das Privileg 1956 zu den wenigen Kindern zu gehören, die die Möglichkeit hatten einen Kindergartenplatz aufzusuchen. Ich glaube, das hat mir in meiner Entwicklung auf jeden Fall

geholfen, auf diesen Platz zu gelangen und das kann ich Ihnen sagen, das wünsche ich aber unter dem Gleichheitsgebot jedem Menschen in unserer Gesellschaft. Das sollte doch unser Anspruch sein, das steht doch in unserer Verfassung drin. Von daher unterhalten wir uns ja hier über ein Thema, wo wir uns auch gleichzeitig immer bewusst sein müssen, dass das was wir hier nicht tun, an anderer Stelle immense Kosten verursacht. Also, da brauche ich Ihnen ja nur zu sagen: Werfen Sie einen Blick in den Sozialhaushalt. Werfen Sie zum Beispiel einen Blick, auch was wir an Kosten der Unterkunft finanzieren. Setzen Sie sich mit der Struktur dieser Stadt irgendwo auseinander und wenn Sie die Struktur dieser Stadt nachhaltig verändern wollen, dann gehört das meiner Ansicht nach, was wir heute diskutieren, ganz oben prioritär an die Spitze unserer politischen Intervention. Und das hier im Grunde nach denn zu einem Spiel zu machen und zu sagen: Ja, macht uns doch mal einen Vorschlag, wie wir das finanzieren. Da muss ich Ihnen sagen, Felix Heinrichs, das war in der Ampel anders. Da haben wir tatsächlich hart darum gerungen und haben Position vertreten nach außen hin und das Thema war auch nicht leicht. Also das Thema gab es schon in der Ampel. Und nun hat sich die Situation, ich erinnere HSP, hat sich die Situation aber geändert. Sie hat sich der Gestalt geändert, dass Sie alle wissen, und die Verwaltung hat das auch in die Vorlage reingeschrieben. Es geht hier nicht um Ermessensleistungen, es geht hier nicht um freies Ermessen, es geht hier um einen Rechtsanspruch. Und Sie können ganz klar davon ausgehen, dass das mittelständische Publikum, die Mitte unserer Gesellschaft, und das hat sich ja auch hier schon angezeigt, das hat die Verwaltung ja schon erklärt, hier nicht davon zurück scheuen wird, hier den Rechtsweg einzuschlagen. Und es ist auch ganz klar so. Ich meine, wir sind ein Rechtsstaat und innerhalb eines Rechtsstaates handeln wir die Dinge, die wir im politischen Leben vielleicht nicht durchsetzen können, auf der individuellen Basis durch die Einschaltung des Rechtssystems ein. Das können wir so laufen lassen, dann werden wir jetzt eine große Kampagne von Bürgern haben. Spätestens, wenn alle die ablehnenden Bescheide erhalten. Es ist da Publikum, das in der Lage ist, Rechtsanwälte einzuschalten und von ihren Kompetenzen das auch tun wird. Das wird der erste Punkt sein. Der zweite Punkt wird dann sein, diejenigen, die das vielleicht nicht können, weil aus den unterschiedlichsten Gründen, weil sie rechtsfern aufwachsen, dazu gibt es ja noch viel zu sagen, zu diesem Punkt, möchte ich nicht vertiefen, im Grunde nach hier unterversorgt bleiben. Und die Kosten, die uns daraus entstehen, also erstens mal von der individuellen Perspektive her hat ja jedes Kind auch ein Recht darauf gefördert zu werden. Egal, ob es aus einem Haushalt von Alleinerziehenden kommt, aus einem benachteiligten Haushalt kommt, aus einem Migrantenhaushalt oder aus einem Haushalt von Millionären oder einem Facharbeiter kommt. Und von daher finde ich jetzt diese Diskussion, die wir jetzt führen, an dieser Stelle, würde ich von der Groko erwarten, dass sie das tatsächlich und da gebe ich der Nicole Finger Recht, dass sie das mit der gleichen Vehemenz trägt, wie sie ihre anderen Projekte vorangetrieben haben. Und da ist natürlich das Rathaus zu nennen. Und da ist die „Wachsende Stadt“ zu nennen. Und da ist die AöR zu nennen. Und da bin ich noch sehr gespannt, wie das hier heute ausgehen wird, was die Groko uns zu dem Punkt präsentieren wird. Ich muss auch noch mal ausdrücklich sagen, mein Lob an die Adresse von Frau Schall und auch an den Oberbürgermeister, dass sie uns diese Vorlage schonungslos präsentiert haben und uns deutlich macht, was wir hier als Rat zu tun haben. Und darauf sollten wir unser Handeln fokussieren und nach Möglichkeit zu einer Vorgehensweise kommen, die konsensual ist.

RH Dr. Schlegelmilch:
Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wir brauchen überhaupt nichts zu konstruieren. Herr Sasserath, schonungslos wäre die Vorlage dann gewesen, wenn sie klipp und klar und deutlich gesagt hätte, woraus diese Maßnahme, und das für uns alle. Offensichtlich haben wir da ja die gleiche Meinung, dass es ein wünschenswertes Ziel ist, allen einen Kita Platz anzubieten. Der apokalyptische Reiter der Grünen hat da möglicherweise in der Frage, wie wir die Standards ausprägen, gleich noch mal eine andere Auffassung, ich bin da nicht ganz sicher, Herr Dr. Brenner, weil nach wie vor zeichnet sich ja ab, dass die Mehrheit hier im Rat, ich meine damit nicht die Ratsmehrheit, sondern auch darüber hinaus gehend, da in der Wahrnehmung anders liegen, als Sie das hier in einer Dramaturgie beschreiben. Ich bleibe dabei, natürlich ist Handlungsbedarf gegeben. Herr Sasserath, vielleicht noch mal auf das und das ist vielleicht auch an die Adresse der Fraktionsvorsitzenden der FDP das Thema Rathaus. Deswegen ist es gut, dass wir jetzt auch gut zuhören. In der Dramaturgie hat der Kämmerer ja im Moment noch genug Zeit, die Antwort zu geben. Denn eigentlich war die Frage ausgehend ja nicht an Sie Herr Sasserath oder an Nicole Finger gerichtet, sondern eigentlich an den Verwaltungsvorstand. Möglicherweise dann auch in der konkreten Auslegung des Kämmerers. Insofern verharre ich auch darauf und hätte die Bitte dazu eine Antwort gleich zu bekommen. Aber gestatten Sie mir zumindest die beiden Querlinks noch mal. Ich will mal darauf hinweisen, dass die Rathausplanung keine ästhetische Wohltätigkeit für die Stadt Mönchengladbach ist, sondern eine kaufmännische Notwendigkeit, mal zum einen. Insofern bin ich etwas überrascht, dass die FDP, die sonst immer mahnend auf jede, keine Gelegenheit auslässt, darauf hinzuweisen, wie wichtig Investitionen in Strukturen, in Verwaltung und so weiter sind, jetzt an der Stelle offensichtlich. Insofern haben wir da sehr gut zugehört. Das ist keine Konstruktion, sondern richtigerweise eine Idee eines Beitrages. Ich will aber aus unserer Sicht zumindest deutlich machen, dass wir an dem Ziel festhalten in der Konsequenz des Haushaltssanierungsplans genau das zu tun, was uns draußen immer vorgeworfen wird. Nämlich mal an die Verwaltungsstrukturen ranzugehen, indem nämlich Gebäude zusammengelegt werden. Nicht nur, weil es einer betriebswirtschaftlichen und auch finanzpolitischen Notwendigkeit entspricht und weil dies sinnvoll ist, sondern weil es auch hier einen Rechtsanspruch gibt. Nämlich den Rechtsanspruch eines jeden Mitarbeiters, dass er brandgeschützt arbeiten darf. Auch das ist, wenn man im Grunde genommen von Zuständen spricht, vielleicht erstrebenswert, dass wir im Prinzip genau dies nachhaltig sicherstellen können. Und vor dem Hintergrund ist es glaube ich richtig, dass in der Tat man sich hier nicht leichtfüßig auf den Weg macht und sagt: Ja, das ist eine Konstruktion, die der CDU Fraktionsvorsitzende ableitet. Nein, es geht darum, dass im Prinzip mal gesagt wird, es ist ja eine Verwaltungsvorlage, wie soll es gemacht werden? Darauf hat die Öffentlichkeit einen Anspruch. Das ist Ihnen doch immer so wichtig, die Transparenz, meine Damen und Herren. Wenn die Linken immer hier vor laufender Kamera die Bürger ansprechen, obwohl wir uns hier eigentlich in einem Ratssaal befinden. Dann tue ich das jetzt mal genauso. Wir alle halten das für sinnvoll, dass die Öffentlichkeit in der Frage mitdiskutieren kann, was ihr im Grunde genommen wichtig ist in der Priorisierung und was ihr in welchem Ausmaß wie wichtig ist. Genau das müssten Sie hier jetzt eigentlich, Sie müssten uns Lob preisen, Herr Sasserath an der Stelle. Dass wir genau diese Initiative an dieser Stelle ergreifen, die Öffentlichkeit teilhaben zu lassen in einer sehr wichtigen Abwägung, was passiert. Und ich will an dieser Stelle noch eins sagen, bevor ich gleich immer noch die Frage aufrecht erhalte und der Oberbürgermeister mich gleich ermahnen könnte. Wir haben ein Versprechen abgegeben. Der Kollege Heinrichs, mein Kollege Heinrichs, hat das eben auch deutlich gemacht. Ich sage es noch klarer. Wir haben mit der Steuererhöhung, die wir sowohl für Gewerbe als auch für Privatpersonen angehoben haben, haben wir das Versprechen abgegeben, sauberste Großstadt zu sein und wir haben auch das Versprechen abgegeben,

das Thema „Wachsende Stadt“ daraus zu bezahlen. Wenn wir davon abrücken, meine Damen und Herren, dann behaupte ich, dass Sie meine Damen und Herren von der Opposition, die ersten sind, die uns im Grunde genommen Bruch unserer Versprechen sofort vorhalten werden. Und auf diese billige Nummer, da werden wir sicherlich nicht darauf ausrutschen. Ich wiederhole aber meine Frage an den Verwaltungsvorstand. Besten Dank.

Stadtdirektor und –kämmerer Kuckels:

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,
Herr Dr. Schlegelmilch,

ich hatte auf Ihren ersten Wortbeitrag nicht reagiert, weil Sie in diesem noch weitere Nachfragen angekündigt hatten und ich davon ausgegangen war, dass wir das dann in einem Aufwasch zusammen erledigen können. Es hat sich gegenüber dem, was wir in der Beratungsvorlage geschrieben und vor zwei Wochen im Finanzausschuss diskutiert haben, an der Situation überhaupt nichts geändert. Wir haben in der Beratungsvorlage ausgeführt, nachdem wir im Sinne von Transparenz und dem, was Sie eben eingefordert haben, nämlich zu sagen, was es kostet, Zahlen genannt. Und es geht dann eben von 2018 1,5 Millionen im Jahr bis zu 2023 gut 16 Millionen per Annum alleine Belastung im Ergebnishaushalt. Und das ist ja für uns im Stärkungspakt das ganz Entscheidende. Mit der Vorgabe, Haushaltsausgleich ab 2018 und dann ja auch Haushaltsausgleich bei sinkenden Stärkungspaktmitteln. Wir haben dann gesagt, wie diese Mehrbelastungen auszugleichen sind, lässt sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand zur weiteren Finanzplanung nicht beurteilen. Über die notwendigen Entscheidungen zur Erreichung des ab 2018 zwingend vorgegebenen Haushaltsausgleichs wird daher im Rahmen der Aufstellung, Beratung und Beschlussfassung des Haushalts 2018 zu befinden sein. Mehr können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, weil wir zu Rahmenbedingungen und Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2018 keine ausreichende Erkenntnisgrundlage haben. Was wir wissen ist, ich bin zunächst mal dem Beitrag von Herrn Heinrichs dankbar, der eben gesagt hat, er möchte den sehen, der mal eben, er hat die Zahl von 2022 glaube ich genommen, der mal eben 13 Millionen aus diesem Haushalt, jetzt mal Basishaushalt 2017 und weitere Finanzplanung, aus diesem Haushalt herauschneidet um daraus diese zusätzliche Ausgabe zu finanzieren, was ja sagen soll, das kann keiner. Welche Spielräume wir denn überhaupt haben und was zur Kompensation notwendig sein wird, können wir erst sagen, wenn wir Rahmenbedingungen insbesondere aus dem Gemeindefinanzierungsgesetzesentwurf 2018 kennen werden. Darauf basiert ja immer unser gesamter Zeitplan zur Haushaltsberatung. Dass das die wichtigste Stellschraube ist, die wir kennen müssen. Insbesondere das Thema, wieviel Schlüsselzuweisungen bekommen wir und wie entwickeln sie sich gegenüber unserer Finanzplanung? Das ist ein permanentes Auf und Ab und alle Städte haben es, als das Land seinerzeit den Zeitpunkt zur Versendung der sogenannten ersten Modellrechnung nach hinten geschoben hat sehr schmerzlich erfahren, was das für Haushaltsaufstellung und für Haushaltsberatung bedeutet. Deshalb haben wir seinerzeit dann angefangen, Haushaltsverabschiedungen wieder weiter nach hinten zu schieben und Gott sei Dank haben die kommunalen Spitzenverbände damals ja angefangen, eigene Berechnungen anzustellen und wir haben mittlerweile ja ein modifiziertes Verfahren, wo Innenministerium und Spitzenverbände zusammen eine Art Modellrechnung erstellen und ohne die ist es überhaupt nicht vorherzusagen, wie unsere wichtigsten Einnahmepositionen sich entwickeln. Und deshalb haben wir gesagt, diese Entscheidungen kann man erst im Rahmen der Haushaltsaufstellung und der Haushaltsberatung treffen. Jetzt fragen Sie natürlich, warum hat Verwaltung denn dann vorher schon diese Vorlage gebracht? Wir hielten es für richtig, einmal die Grundlage vorzulegen der Bedarfsplanung. Wir mussten ja schon für das

kommende Kindergartenjahr mit einer vorhergehenden Beratungsvorlage für das kommende Kindergartenjahr Zahlen an das Land melden und das hier zur Beschlussfassung vorlegen. Da haben Sie verständlicherweise gefragt: Und wie sieht denn die weitere Bedarfsplanung aus? Das hat Verwaltung jetzt vorgelegt. Auch weil Sie in diesem Zuge zu Recht danach gefragt haben. Und Verwaltung hat in dieser Mangelsituation in der Kindergartenversorgung bei steigenden Bedarfszahlen, und zwar ja doppelt steigenden Bedarfszahlen. Einmal demographische Entwicklung und zum anderen ein höherer subjektiver Bedarf von Eltern bei der U-3 Betreuung mit einer ständig sich steigenden Bedarfs- und Versorgungsquote. Wir sehen, dass Handlungsbedarf besteht und dass es ja neben den finanziellen Problemen auch erhebliche Probleme gibt, die Kindergartenplätze, denn selbst wenn man Geld hat, überhaupt zu schaffen. Deshalb hat Verwaltung ja eine Eilbedürftigkeit gesehen, Planungen auf den Weg zu bringen und für Kindergartenschaffungen politische Aufträge zu bekommen. Und das sind ja die Punkte A und C, die der Verwaltung da auch konkrete Handlungsaufträge auch schon relativ kurzfristig gibt. Und dann ist der Punkt D eine politische Entscheidung basierend auf der Planung und basierend auch darauf, ob Sie die Versorgungsquote von 49,7 % für das Kindergartenjahr 2022/2023 bei der U-3-Betreuung verbindlich machen wollen oder ob Sie da eine andere Vorgabe machen wollen, hat die Vorlage auch die Stellschraube gestellt, machen Sie diese Kindergartenbedarfsplanung zu einer verbindlichen Vorgabe für den Haushaltsplanentwurf 2018 oder was ja auch möglich ist, machen Sie dies nicht und sagen Sie: Wir wollen wissen, wie die Kompensation aussieht und wir wollen deshalb dann erst im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Haushaltsentwurf 2018 entscheiden. Das ist Ihre Entscheidung.

RH Schultz:

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
ich bin reichlich schockiert, wie die heutige Diskussion hier verläuft. Ich möchte mal kurz daran erinnern, wir haben von Anfang an der ersten Bezirksvertretung diese Vorlage der Verwaltung vorliegen, die ja auch von allen Fraktionen eigentlich hoch gelobt wurde. Wir haben dann seit dem Jugendhilfeausschuss den Antrag der Grünen vorliegen, über den ja jeder geteilter Meinung sein kann. Wir haben, das was Herr Brenner vorhin angesprochen hatte, als Beschlussvorlage aus der Bezirksvertretung Süd, wo der Mittelvorbehalt erwähnt wurde. Das hat nichts mit der Groko zu tun. Das war ein einstimmiger Beschluss, wo auch die Grünen mitgestimmt haben. Und jetzt reden wir seit, ich glaube seit über einer Stunde, darüber, wie wichtig uns Kinder sind. Wir haben erlebt, dass CDU und SPD im letzten Hauptausschuss diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung genommen haben und gesagt haben, sie werden zum Rat etwas einbringen. Und jetzt hat sich von der Groko schon jeder der Vorsitzenden glaube ich zweimal gemeldet und wir haben immer Dann ist es der eine zweimal, der andere einmal, das ist mir egal, zumindest ermahnt sind sie beide wegen der Redezeit und wir haben jetzt immer noch keinen Antrag vorliegen und wir wissen immer noch nicht, wie das jetzt hier gleich weiter gehen soll. Wenn jetzt gleich ein Antrag gestellt wird, dann geht die Diskussion von vorne los und wir erwähnen alle noch mal, wie wichtig uns Kindergartenplätze sind, aber kommen in der Sache immer noch nicht weiter. Wir als Linke sagen wir hier ganz klar: Die Verwaltung hat einen Vorschlag vorgelegt. Den halten wir für gut, den können wir gehen und ja, wir werden in den Haushaltsberatungen dann gucken müssen, wo wir Teile der Gelder her kriegen. Ein Teil, wo wir Geld her kriegen, 2 Millionen haben Sie heute schon abgelehnt. In den Haushaltsberatungen kriegen Sie den Vorschlag von uns wieder um die Ohren gehauen wie jedes Jahr. Sie werden wie jedes Jahr ablehnen. Aber in der Summe müssen wir jetzt mal hier weiter kommen. Es kann doch nicht angehen, was wir hier gerade der Bevölkerung zumuten, dass wir um den heißen Brei herum

reden. Deswegen sage ich für die Linke ganz klar. Ja, wir können der Verwaltungsvorlage zustimmen. Die Grünen wollen es etwas schneller, etwas anders. Auch dem können wir zustimmen. Völlig in Ordnung für uns. Nur lassen Sie uns nicht weiter reden. Vielen Dank.

RF Finger:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, die Diskussion wird ja immer abenteuerlicher. Jetzt diskutieren wir also über die Notwendigkeit eines neuen Rathauses auf der Begründung des Brandschutzes für die Mitarbeiter. Meine Damen und Herren, wissen Sie wieviel Schulen Sie neu bauen müssen, wenn Sie den Maßstab da ansetzen? Und ich bin wirklich verblüfft, dass eine Groko, die das Millionenprogramm „Gute Schule“ ausgehöhlt und zweckentfremdet hat bis zum Dorthinaus sich am heutigen Tage traut hier mit Rechtsanspruch für Brandschutz für Mitarbeiter im neuen Rathaus zu argumentieren. Das schlägt dem Fass den Boden aus, was Sie hier heute veranstalten. Kein Kind zurücklassen hat auf Landesebene als blanker Spruch schon nicht funktioniert, das wird Ihnen auch hier nicht weiter helfen, meine Damen und Herren.

RH Sasserath:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, bisher kannte ich die Kultur dieses Rates immer so, dass diejenigen, die hier die politische Mehrheit hatten im Grunde nach für die politischen Aufgaben, die in der Stadt zu bewältigen waren, einen abgestimmten Vorschlag unterbreitet haben. Wir haben im Hauptausschuss diese Vorlage nicht diskutiert. Da haben Sie, Herr Dr. Schlegelmilch, angekündigt, dass die Groko dazu einen abgestimmten Vorschlag unterbreiten würde. Da hätte ich zumindest erwartet heute, dass uns hier irgendetwas vorgelegen hätte an dieser Stelle. Vermisse ich. Frage ich so. Wir machen uns die Mühe, gießen unsere Anträge hier in Papier und Druckerschwärze und wir führen jetzt hier eine Diskussion ohne Ergebnis. Und ich finde das auch an dieser Stelle nicht spaßig, weil mir liegt ein Stück weit auf den Lippen: Was ist denn von so einer politischen Mehrheit zu halten, die jetzt hier 60 Minuten oder 50 Minuten über ein Thema diskutiert ohne deutlich zu machen, was ist denn Ihre Absicht? Wo soll es denn hingehen? Also, dann hätten wir auf einer realistischen Grundlage diskutieren können. Herr Dr. Schlegelmilch, Sie haben mich gefragt, wo kommen die Millionen her? Die Arbeit, habe ich so gelernt, dass an dem politischen Bündnis, an dem wir gearbeitet haben, in dem wir gearbeitet haben, dass sich dieses politische Bündnis die Arbeit vorher gemacht hat, weil sie ja die politische Mehrheit des Rates stellt. Und nochmal an der Stelle zu sagen, das vornehmste Recht eines Rates, das habe ich so gelernt, ist das Etatrecht. Dass wir hier politisch bestimmen, wie wir die notwendigen Entscheidungen für dieses Gemeinwesen umsetzen. Und ich sage Ihnen, so aus der Vergangenheit, und ich gehöre ja diesem Gremium schon lange an und ich kann mich gut da dran erinnern, dass es zahllose intelligente Vorschläge gegeben hat zur Finanzierung von Interessen, die einem wichtig waren. Wenn in dieser Stadt etwas einer politischen Mehrheit wichtig war, dann muss ich insbesondere sagen, hat die CDU immer einen Weg gefunden, diese Absicht umzusetzen. Also ich kann Ihnen da zahllose Vorschläge, kann ich mich da erinnern, die dann umgesetzt worden sind. Und dann sind wir ja bei dem Punkt der städtischen Beteiligungen. Also, wir haben zuletzt noch im Hauptausschuss diskutiert, arme Mutter, reiche Töchter. Dann wäre doch an dem Punkt zuerst mal die Frage zu stellen, wie sind denn unsere Töchter finanziell ausgestattet? Das wir Ihnen doch nicht verborgen geblieben sein, dass es Töchter gibt, die quasi im Geld schwimmen. Die im Grunde nach kleine Banken sind, weil sie den Konzern der Stadt mit Geld im Grunde nach überhäufen oder über Wasser halten. Also, das wissen Sie doch alles. Da haben wir doch heute noch diskutiert über den Aspekt der Transparenz.

Und an diesem Punkt, ich sage nur eine Gesellschaft: „mobil und aktiv“! Gucken Sie doch mal, wie viele Millionen, hunderte Millionen bei der „mobil und aktiv“ rumliegen und dann sage ich noch mal an der Stelle, da müssen sie eben mal eine Sonderausschüttung machen. Da müssen sie eben mal gucken, dass das Geld von der reichen Tochter an dem Punkt, zumindest für ein Jahr an die reiche Mutter fließt. So viel an Finanzhilfe an Sie. Ich stelle Ihnen noch nicht einmal Beraterhonorar in Rechnung.

RH Dr. Schlegelmilch:

Ich glaube, Herr Schultz, da können Sie rumbrüllen wie Sie wollen. Sie reklamieren für sich ja zu weniger wichtigen Tagesordnungspunkten auch Ihr berechtigtes Recht ein, Fragen zu stellen. Insofern bestimmen sicherlich dann wir, wann wir Anträge einbringen. Wir können Ihnen aber jetzt schon sagen, wir haben bestimmt gleich ein paar Ideen in petto. Aber lassen Sie uns doch vorher erst einmal noch die Fragen stellen, die notwendig sind, dass man eben nicht die Redezeit überschreitet. Ganz kurzer Hinweis. Das Thema Rathaus, da braucht man sich auch nicht aufzuregen, an die Fraktionsvorsitzende der FDP, das war ja der Vorschlag zur Gegenfinanzierung der gerade aus der FDP kam, insofern bin ich da nur darauf eingegangen. Da muss man mir mit Schulen nichts vorhalten an dieser Stelle. Ich bin auch Herrn Sasserath sehr dankbar, dass er mal einen Hinweis gegeben hat, den man ja vielleicht verfolgen kann oder vielleicht auch nicht. Das müssen wir dann mal sehen. Wie man das Ganze aus den städtischen Töchtern, die übrigens gar nicht den Auftrag haben, sich um die Versorgung mit Kitas zu beschäftigen, tragen kann. Ich habe aber im Prinzip eine weitere Frage. Die geht in die Richtung, dass unter der Strategie MG + wachsende Stadt es nicht sinnvoll wäre, dass Verwaltungsvorstand in Zusammenhang mit der Fragestellung, wie man es denn auch finanziert, ich habe Herrn Kuckels zugehört, wir haben hier noch offenbar keine präzise Antwort. Das nehme ich keinem Übel. Aber die Frage ist ja trotzdem berechtigt, aber zumindest mal die Antwort gibt, nicht jetzt, sondern zu einem späteren Zeitpunkt, aber das scheint vielleicht mit den Haushaltsberatungen sinnvoll zu sein, wie oder in welchen Bevölkerungsgruppen konkret und verbindliche Wachstumsziele in welchem Zeiträumen denn auch sinnvoll erscheinen. Weil da sind wir an der strategischen Ebene und dann ist es auch durchaus berechtigt, aus der Strategie und aus den konkreten Zielen daraus auch Bedarfe abzuleiten und die auch in die Planung und damit auch in die Haushaltsplanung auch mit einzubeziehen, denn andernfalls würde ja auch das von uns beschlossene Element des Wachstumscontrollings wahrscheinlich wenig Sinn machen. Und ich finde, auch das gehört zu der Diskussion einer solchen Vorlage dazu. Möglicherweise kommen wir sogar zum Ergebnis, dass wir noch mehr Kita-Plätze benötigen. Wer weiß das schon? Wäre aber durchaus ein strategischer Ansatz. An der Stelle halten wir das durchaus für berechtigt, genau diesen Ansatz hier auch zumindest mal zu diskutieren. Ein weiteres Thema scheint glaube ich auch noch mal ganz wichtig zu sein, in der Arbeit, in der Rollenverteilung. Immerhin gibt die Vorlage auf Seite 19 den Hinweis und das ist uns schon auch wichtig, dass dieser Hinweis auch verfolgt wird unter 5., ich zitiere: In aller Regel werden Neubauten von Kindertageseinrichtungen durch Investoren mit anschließender Vermietung des Objektes an den Träger der Kitaeinrichtungen verwirklicht. Das liest sich auf den ersten Blick sehr lapidar, ist aber nicht ganz so lapidar, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Wir wissen an anderen Stellen, wenn wir auf die Ausgabereise schauen jedes Jahr, die Haushaltsverfügung hat uns allen, Verwaltung aber auch Politik deutlich gemacht, dass auch dort der Finger in die Wunde zu legen ist und dass wir es offensichtlich in der Vergangenheit nicht geschafft haben, all die Projekte, die im Grunde genommen, ich sage nur Konjunkturpaket II, das Thema gute Schule, nicht im Vorwurf, aber meine Damen und Herren, immer in der Priorisierung, und die Öffentlichkeit hat einen

Anspruch von uns zu hören, wie wir priorisieren, da kann man nicht hingehen mit dem Kopf durch die Wand, wir wollen alles gleichzeitig. So gesetzlich verbindlich das auch alles erscheinen mag, sondern deutlich zu machen, dass es auch hier um eine Priorität geht, denn wenn wir das Thema hier abweichend von dem Grundsatz, dann bezweifele ich, dass wir mittelfristig von dieser Situation, die die Bezirksregierung offensichtlich angemahnt hat bei der Haushaltsverfügung, wegkommen. Und für uns ist das wenigstens in der Groko, in der Ratsmehrheit dieses Ziel ein ganz wesentliches, wo wir drauf Wert legen, dass dieses auch dann genauso mit umgesetzt wird. Und deswegen darf ich das an dieser Stelle auch noch mal ausdrücklich betonen und gleichzeitig aber noch mal bitte den Finger in die Wunde legen, dass wir in der Frage MG+ eben jetzt auch in verbindliche Wachstumsziele reinkommen, eben daraus abzuleiten auch die Notwendigkeiten. Da mag eine Umfrage durchaus berechtigt sein, aber wir nehmen natürlich auch zur Kenntnis, dass die eine Umfrage zur nächsten Umfrage, uns eben diesen enormen zusätzlichen Bedarf auch gezeigt hat. Ich will gar nicht einsteigen in Fragetechniken und so weiter. Aber viel wichtiger ist, dass die Verwaltung uns selber im Grunde genommen deutlich macht, worin konkret Wachstumsziele bestehen. Ich gehe davon aus, dass Familien zu den fokussierten Zielgruppen gehören. Besten Dank.

Oberbürgermeister Reiners:

Ich sage mal an der Stelle, ich erspare mir ab sofort auch den Hinweis auf die Redezeit, weil ich nicht den Eindruck habe, dass das mal ursprünglich von allen so vereinbarte Ziel eines ökonomischen Umgangs mit Zeitressourcen gewünscht ist. Ich gucke da keinen an. Vielleicht müssen wir bei anderer Gelegenheit, dass gehört jetzt nicht zu diesem Thema, mal gemeinsam mal überlegen wie wir das etwas in den Griff kriegen.

RH Dr. Brenner:

Herr Schlegelmilch, ich glaube, die Investitionskosten für zukünftige Kitas sind gerade nicht das Problem. Bei der Zinsbelastung, die man im Moment hat und angesichts der Tatsache, dass die Stadt ja gar keine eigenen Gebäude errichten will, sondern das an private Investoren geben will, ist da nicht das Zentrum des Problems. Deswegen habe ich den Kern Ihrer Stellungnahme überhaupt nicht verstanden. Das Problem sind die laufenden Kosten, die in den Kitas entstehen Jahr für Jahr. Zum Beispiel die Personalkosten oder die Transferkosten, die Übertragungen, die an die freien Träger stattfinden müssen, die jedes Jahr wieder neu aufgebracht werden müssen. Und da würde ich an Sie appellieren, sich ehrlich zu machen, denn da kommen wir nicht drum herum. Wir haben einen Rechtsanspruch auf Kitaplätze. Die kulturelle Entwicklung in Deutschland ist so, dass zunehmend Eltern auch Plätze für unter 3 jährige in Anspruch nehmen und zweitens, dass das ganze Kita-System inzwischen zunehmend auch als Bildungsinstitution wahrgenommen wird, was vorher vielleicht nicht so sehr der Fall war, man nur an Betreuung gedacht hat. Also, ich kann nur noch einmal an Sie appellieren, diese Ausbauplanung mitzutragen. Breit im Rat mitzutragen, damit die Verwaltung auch Planungssicherheit hat, denn was die Gemeinbedarfsflächen zum Beispiel angeht, ist das schon klar, dass solche Planungen einen relativ langen Vorlauf brauchen und in der Verwaltung intern abgeklärt werden müssen. Aber wenn Sie jetzt hier die Grundsatzentscheidung nicht treffen möchten, wäre das ein fatales Signal für das Konzept Wachsende Stadt MG+.

RH Dr. Schlegelmilch

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

da ist er nun und wie unschwer zu sehen ist, haben wir im Prinzip die Diskussionspunkte, die uns an dieser Stelle wichtig erscheinen, hier zusammengefasst unter 4 Punkten. Wir sind natürlich der Auffassung, in der natürlich klaren Erkenntnis, die teilen wir offenbar auch, dass wir im kurzfristigen Bedarf auch unmittelbar handeln müssen und deswegen auch handeln wollen und deswegen eben zu Punkt A der Vorlage, der unmittelbaren Ausbauplanung, auch zustimmen wollen und wir die Zustimmung auch empfehlen. Zu Punkt B der Vorlage, was sich unter 2. findet, ist aber das Thema natürlich, dass wir zunächst einmal die Ziele zur Kenntnis nehmen und den Ball aber durchaus hier auch in die Haushaltsberatung spielen, weil wir ja von niemandem heute gehört haben, wie eine mittelfristige Finanzierung zum heutigen Zeitpunkt gesichert ist und wir insofern wir uns erhoffen, dass in der Haushaltsplanung hierzu Vorschläge uns vorgestellt werden, aber auch die Verbindung zum Punkt MG+ wachsende Stadt, eben mit verbindlichen Bevölkerungszahlen in den nächsten Monaten bis zur Haushaltsberatung als Vorschlag auch kommt und wir das an der Stelle auch in einer Strategie verwoben bekommen mit Kette und Schuss so zu sagen, um in dem hiesigen Sprachgebrauch der Textilwirtschaft zu bleiben. Zu Punkt C der Vorlage, der Aufstockung der Stellen für Erzieherinnen im Anerkennungsjahr von derzeit 30 auf insgesamt 38 Stellen wird zugestimmt. Sicherlich eine erst mal notwendige Voraussetzung, um überhaupt die Ziele zu erreichen und wir glauben, dass das in der Tat wahrscheinlich auch in den Bedingungen, die man absehen kann, hoffentlich jedenfalls machbar erscheint. Und zu Punkt D der Vorlage bitten wir die Verwaltung im Rahmen der Haushaltseinbringung für das Jahr 2018 darzulegen, wie die für die Punkte A, B und C der Vorlage benötigten finanziellen Mittel im Investitions- als auch im Ergebnishaushalt sowie in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt und gegenfinanziert werden kann. Die Begründung haben wir hiermit auch gegeben. Die Diskussion war glaube ich Begründung genug und wir bitten um Ihre Zustimmung. Besten Dank.

RF Finger:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, zu Punkt 2 des Groko-Beschlusses. Das ist ja im Prinzip, das kennen wir schon von der AöR. Man macht Dinge künstlich so groß und so teuer, dass man sie sich eben nicht mehr vom Mund absparen kann, sondern dann auf jeden Fall eine Steuererhöhung braucht. Das ist jetzt hier mehr oder minder geschickt angelegt zu sagen, wir blähen das Ding noch mal auf, das auf jeden Fall keiner mehr einen Sparvorschlag vorlegen kann. Geht FDP an der Stelle aber nicht mit. Man kann das Thema „MG+ wachsende Stadt“ auch nicht für alles missbrauchen, was man sich so in den Kopf setzt.

RF Bögner:

Herr Schlegelmilch, ich habe ja schon einiges heute von Ihnen gehört, was ich so unter Prosa verbucht hatte gerade und dachte, es ist wenig konkret und sehr viel ausweichend, dass ich mich zwischenzeitlich fragte, ob Sie eigentlich als Groko keine gemeinsame Marschrichtung mehr hinkriegen. Was ich auf die Schnelle jetzt hier lesen kann, kommt mir vor wie der kleinste gemeinsame Nenner. Also die erste Ausbaustufe, die relativ gefahrlos zu nehmen ist, der kann man zustimmen. Aber unter dem Stichwort Prosa muss ich zu dem Punkt 2 fragen, dass ich jetzt irgendetwas wirklich nicht verstehe, bzw. mal überprüfen möchte, ob meine Vermutung richtig ist. Sie schreiben hier: Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte im Rahmen des Wachstumscontrollings an den noch zu definierenden Wachstumsparametern der Zielgruppen der Stadtentwicklungsstrategie MG+ und wachsende Stadt auszurichten, das vorzubereiten.

Da ist meine Frage: Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie sagen, die Zielgruppen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, waren das Familien von außerhalb, die verdienen, beide beschäftigt sind, planen Kinder zu haben oder zu bekommen oder schon haben, dass der Bedarf dieser Zielgruppe abgefragt sind oder meinen Sie alle Bevölkerungsteile, die hier in Mönchengladbach zu dieser Zielgruppe der Kindergartenbedürftigen, Nachfragenden gehört? Das würde mich mal interessieren, wie diese Formulierung zu verstehen ist. Das andere ist, jetzt haben Sie ja schon gefragt den Kämmerer, wie denn die Finanzierung zu bewerkstelligen ist. Jetzt stellen Sie ja noch mal dar, dass die Verwaltung Ihnen im Grunde genommen aus der Bredouille helfen soll, nämlich zu sagen, wie finanzieren wir die Geschichte jetzt? Das kann man natürlich als Mehrheits-, als Entscheidungsfraktionen so machen. Aber von besonderer Entschlussfreudigkeit und politischem Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen finde ich, spricht das wahrhaftig nicht.

RH Heinrichs:

Da möchte ich gerne noch mal die Gelegenheit nutzen, um zu begründen, wie es zu dieser Änderung kam. Also erst mal ist ja schön, bei A und C. Es bleibt, wie in der Vorlage. Das ist, was kurzfristig zu machen ist. Auch das ist in der Vorlage auch so formuliert. Es muss jetzt beschlossen werden. Und wenn man sich auch die Formulierung der bisherigen Vorlage ansieht, sind wir bei Punkt B ja gar nicht so weit auseinander. Und da kann man jetzt viel hetzen und vermuten und mutmaßen, dass wir jetzt auf einmal auch als SPD nur noch Kitas für Millionäre und sonst für niemanden. Das steht da jetzt wohl nicht. Also so fair müssen wir dann bitte miteinander bleiben. Was steht im Text? Im Text steht: Die mittelfristige Ausbauplanung wird erst mal zur Kenntnis genommen. Das machen wir immer mit Rahmenplanungen so, egal wo. Dass wir sagen, wir nehmen sie zur Kenntnis. Für uns ist es jetzt erst einmal eine verbindliche Leitlinie und wir beauftragen die Verwaltung, die Schritte, die notwendig sind, einzuleiten. In der Verwaltungsvorlage selber steht ja auch breit ausgeführt, dass jährliche Verfahren. Nämlich jedes Jahr kommt dieses Thema wieder in den Jugendhilfeausschuss bis zum Rat, weil natürlich jedes Jahr konkret beschlossen wird, wieviel muss denn tatsächlich gebaut werden. Auch im Hintergrund übrigens immer zu sehen, was haben wir eigentlich geschafft? Was haben wir denn in dem Jahr, wo wir uns vorgenommen haben, auch realisiert. Denn wir alle kennen doch die Beispiele der Kitas, die vielleicht nicht in dem Soll-Plan realisiert werden konnten. Das wollen wir vermeiden, aber auch das müssen wir doch miteinander betrachten, um zu gucken, wieviel müssen wir dann im darauf folgenden Jahr schaffen. Und wenn wir hier darauf eingehen, dass wir sagen, darüber hinaus über das, was wir ja schon festgestellt haben an Versorgungsquote durch eine neue Elternbefragung. Das wollen wir anreichern, um Effekte, die wir aus MG+ herausziehen. Auch das ist in der Vorlage angelegt, weil auch da drin steht, wir gehen davon aus, es gibt neue Baugebiete, wir gehen davon aus, es kommen Menschen in die Stadt. Betonen wir hier an der Stelle und sagen: Wenn wir das doch als Werbungsargument sehen, den Kita-Ausbau, dann müssen wir doch auch deutlich machen, auch an so einer Stelle noch mal vielleicht, das kann man als politische Prosa abtun, für uns ist es eben noch mal ein Bekenntnis, dass wir auch sagen, wir wollen nicht nur den Status Quo abdecken, dass jeder, der jetzt schon in Gladbach ist, einen Kita-Platz kriegen kann, der das möchte, sondern wir denken ja weiter und sagen, wir hoffen, dass noch 3, 4 Leute hinzu kommen. Und auch der Herr Engel hat im letzten Ausschuss dargestellt, noch sind wir nicht bei 270.000, aber so ewig sind wir seitdem davon nicht mehr weg. Und das ist ja eine Wunschvorstellung, dass wir möglichst mehr werden und dass wir eben auch gerade in dem Bereich von Familien wachsen. Und jetzt kann man sich darüber unterhalten, Wachstumsparameter, Zielgruppen, was ist denn damit gemeint? Wie gesagt, direkte Reaktion: Boah, jetzt wird nur noch für

Millionäre gebaut. Das ist damit nicht gemeint. Wachstumsparameter, Zielgruppen und so weiter, das ist eine Formulierung dafür und da haben wir uns daran gewunden und ich glaube, hätten wir noch 5 Wochen diskutiert, wäre der Satz noch länger geworden. Aber das ist eben das Ergebnis, dass wir sagen, MG+ verfolgt das Ziel, dass wir mehr Menschen in die Stadt ziehen und wir wollen für alle einen Kita-Platz ermöglichen. Für die, die hier sind und auch für die, die kommen, damit sie kommen. Und zwar egal, ob das gut oder schlecht verdienende Menschen sind. Aber natürlich in erster Linie denken wir daran an Familien oder Familien in Gründung. Insoweit bitte ich jetzt, nicht den Dämon an die Wand zu malen, was dieser Begriff bedeutet. Uns geht es bei Punkt B darum, dass wir auf den Status Quo noch was darauf legen können und natürlich haben Sie Recht, dass das womöglich nachher zu mehr Kitas führt. Das steht aber in der Vorlage jetzt auch schon angelegt. Und da jetzt zu mutmaßen, das sind jetzt nicht mehr 28 sondern 50, und dann geht das ja gar nicht mehr. Also ich glaube, Sie kriegen 13 Millionen nicht aus dem Haushalt finanziert. Da werden Sie auch 14 nicht finanzieren können. Das ist ja jetzt der spannende Punkt, den der Kämmerer auch aufgegriffen hat. Insoweit glaube ich, macht die Vorlage der Verwaltung Sinn. Wir haben sie jetzt an zwei Stellen ein bisschen ergänzt, wobei man bei Punkt D ehrlicher Weise sagen muss, das ist jetzt eine Formulierung, die stellt ein bisschen um, was jetzt auch schon angelegt ist, dass natürlich die letztendliche Beschlussfassung im Dezember diesen Jahres erfolgt, nämlich mit dem Haushalt. Und dann auch jedes Jahr wieder. Der Kämmerer nickt ja an der Stelle. Und da können wir jetzt reinschreiben, egal was wir tun, die Kitas müssen kommen. Das hat keine Rechtswirkung bis zu dem Tag, an dem der Haushalt beschlossen ist. Hier schreiben wir doch nur rein: Verwaltung zeige uns, wie kannst Du es machen? Und das wird der Kämmerer bei seiner Haushaltseinbringung tun und das ist die Formulierung, die wir hier gefunden haben. Im Grund ist es nichts anderes, als das, was die Verwaltung vorschlägt. Deswegen sehen Sie auch die ähnlichen Formulierungen. Es ist eben noch mal MG+ besonders betont, das heißt, wie viele Menschen kommen noch zusätzlich in die Stadt. Dass wir eben auch als Werbeargument sagen können, jeder der nach Gladbach zieht, hat auch die Möglichkeit hier einen Kita-Platz zu finden. Der muss eben nicht in die Umgebung abwandern. Danke.

RH Sasserath:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
Herr Heinrichs, was Sie hier ausgeführt haben, finde ich nicht in der Vorlage. Also, ich meine, wenn Sie sagen, in erster Linie richten wir uns an Familien und an Familien in Gründung aus. Dann sagen Sie mir doch mal, wo steht denn der Begriff hier drin? Wo steht denn dieser Begriff? Ach, der heißt MG+, das ist das Synonym dafür. O.k.
o.k., noch besser. Dann muss ich Ihnen einfach schlicht weg sagen, vielleicht können Sie Herr Heinrichs mir ja erklären, oder die CDU erklären, was verstehe ich denn unter Familie? Ist das die klassische Kleinfamilie Vater, Mutter, Kind oder ist das die Ehe, die wir gerade beschlossen haben im Deutschen Bundestag mit Mehrheit? Oder wo findet sich denn die Gruppe der Alleinerziehenden? Also, ich sage Ihnen einfach schlicht weg, was Sie hier uns offerieren, ist von der, wie soll ich sagen, von der Lebenswirklichkeit dieser Stadt meilenweit entfernt. Sie leben auf einer Insel und das gießen Sie jetzt neuerdings auch schon in Begriffe, in der kalten technokratischen Sprache, die mit der Vielfältigkeit von Lebenssituationen in dieser Stadt nichts mehr zu tun hat. Dem kann man nicht zustimmen. Und ich danke ausdrücklich Frau Bögner mit ihrem Instinkt als langjährige Politikerin, Sozialpolitikerin hier im Haus, dass sie das auch sofort erspürt hat, was hier drin steht. Damit werden Sie die Probleme dieser Stadt nicht lösen. Und darum getrennte Abstimmung bitte. Diesem Punkt können wir nicht zustimmen und dem Punkt 4 bei der Verwaltung, die

Haushaltseinbringung, die Verwaltung soll jetzt ihre Arbeit machen. Das ist ja wunderbar, dass die Verwaltung jetzt ihre Arbeit machen soll. Das kenne ich noch anders. In der Vergangenheit haben die Ratsmehrheiten die Arbeiten hier gemacht. Nein, nein, in die sagen Sie Herr Hendricks, Sie natürlich nie. Und ich kenne ja auch Sie natürlich nie, die CDU hat das nie gemacht. Und darum sah auch der Haushalt 2009 so aus! Darum sah der Haushalt auch so aus! Und ich meine in Punkto Haushaltskompetenz, glaube ich, können Sie uns, also insbesondere der Kollegin Finger, Herrn Küpper und der Fraktion der Grünen nicht unterstellen, dass wir die Situation nicht sorgfältig überplant hätten. Wir haben Ihnen die Voraussetzungen geschaffen, auf einer soliden Finanzpolitik Entscheidungen für diese Stadt zu treffen und das delegieren Sie jetzt an die Verwaltung. Und das ist die unterschiedliche Kultur innerhalb dieses Hauses. Ihre Vorgängermehrheit hat das politisch geregelt. Und Sie lassen die Arbeit die Verwaltung machen. Das ist der Unterschied in der Kultur. Und letzten Endes die Ergebnisse, ich sage Ihnen, hier werden wir strukturell nichts mit bewältigen in der Stadt, was an Problem offen liegt. Und wenn Sie hier von Wachstumscontrolling reden, da hat die Verwaltung ja noch gar nichts zu gesagt. Da kenne ich natürlich diese Anträge von Ihnen auch, von der CDU und von der SPD. Ich habe nur bis heute nichts konkretes erfahren, wie dieses Controlling innerhalb der Verwaltung überhaupt implementiert ist, wie das strukturell aufgestellt wird. Das ist vollkommen nebulös. Ich habe heute bisher keinen Bericht gehört von diesem Wachstumscontrolling. Herr Dr. Bonin, da hätten Sie vielleicht heute uns erklären können, wie das mittlerweile implementiert ist, wie die Strukturen und die Schnittstellen zum Sozialdezernat geregelt ist. Würde ich doch mal erwarten an dieser Stelle, dass ich das erfahre, ob die Organisation, in der Sie das hier vorantreiben wollen, auch in der Lage ist, Ihre Ziele überhaupt zu erfüllen. Also, von daher halte ich alles absolut unglaublich, was Sie hier machen. Punkt A stimmen wir zu, Punkt 3 stimmen wir ebenfalls zu. Die anderen Punkte sind für uns nur abzulehnen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeister Reiners:

Kurze Anmerkung, bevor ich Herrn Kuckels das Wort gebe. Haben Sie keine Sorge, dass sich Verwaltung mit dem Thema Wachstumscontrolling beschäftigt, seit der Beschluss gefasst ist. Wir sind noch nicht durch mit unseren Überlegungen und wenn wir klar sind in der Struktur, werden wir selbstverständlich auch den Rat informieren.

Stadtdirektor und –kämmerer Kuckels:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich will das für die Verwaltung nicht so stehen lassen, dass Groko mit diesem Antrag der Verwaltung Arbeit zuschieben würde, die die Politik leisten müsste. Die Kindergartenbedarfsplanung und der Kindergartenbau ist ein gesetzlich vorgegebenes Thema und selbstverständlich wird Verwaltung bei der Haushaltseinbringung auch die haushaltsmäßigen Auswirkungen darstellen und sagen, wie man es aus Sicht von Verwaltung finanzieren kann. Und ich sage an der Stelle, da ist es möglicher Weise leichter, Vorschläge zu machen, als sie nachher politisch zu beschließen. Denn in einer unterfinanzierten Stadt mit einem deutlich unterfinanzierten Haushalt, es ist eben von Herrn Heinrichs angesprochen worden, 13 Millionen, es geht ja bis zu 16 Millionen, irgendwie gegen zu finanzieren. Das wird nicht schön. Das wird auf keinen Fall schön. Aber das ist kein politisches Wunschthema, dass Fraktionen hier irgendwie einbringen würden, sondern es ist eine gesetzliche Vorgabe in ausreichendem Maße Kindergartenplätze zu schaffen und einen Rechtsanspruch zu befriedigen. Und dann wird Verwaltung dazu Vorschläge machen. Nur, 1. der Rahmen dazu kann nur der Haushaltsentwurf und die nachfolgenden Haushaltsberatungen sein, 2. das wird nicht angenehm. Was Verwaltung in dieser Vorlage

als Option eingeräumt hatte, war mit dem Punkt D, eine politische Entscheidung, zu sagen, das ist so zwingend und das ist so eilig, dass wir jetzt schon der Verwaltung einen verbindlicheren Auftrag geben wollen und dass wir das zur Vorgabe für den Haushaltsplanentwurf machen. Sie sagen jetzt mit dem Antrag als Groko: Nein, das machen wir nicht zur Vorgabe. Wir wollen die Gegenfinanzierung sehen und wir wollen es dann im Rahmen von Haushaltsplanberatungen entscheiden.

RF Finger:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, da ich schon mehrfach überrascht worden bin, was weitergehende Anträge sind und welche nicht, fände ich es ganz schön, wenn Sie uns mal kurz Ihre Einschätzung darlegen würden, wie Sie hier gleich wahrscheinlich abstimmen lassen, damit man sich noch überlegen kann, wie man stimmt, denn manchmal bin ich einfach so geplättet von dem, wie rum abgestimmt wird, dass ich meine Fraktion gar nicht mehr richtig beieinander kriege.

Oberbürgermeister Reiners

Das ist ja geübte Praxis, wenn das schwer zu identifizieren ist, was wirklich weitergehend ist, lässt man im Zweifelsfall über alles was vorliegt, abstimmen und dann ergeben sich in der Regel klare Ergebnisse. Ich würde als erstes über den Antrag hier von CDU/SPD abstimmen lassen. Das darf ich jetzt als Sitzungsleiter entscheiden. Dann tue ich das und dann werden wir sehen, wie die Abstimmung ausgeht und dann gucken wir weiter.

RH Hendricks:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wenn sich alle wieder beruhigt haben, bin ich sehr froh über die klarstellenden Ausführungen des Kämmerers, wie diese Vorlage zu behandeln ist. Herr Sasserath, uns vorzuwerfen, wir würden hier keinen Gegenfinanzierungsvorschlag ausarbeiten oder überlegen, kann nicht der Wahrheit entsprechen. Das hat die Diskussion im Finanzausschuss auch schon so gezeigt. Da habe ich das auch ausgeführt, dass es hier gar nicht um einen Antrag der Groko, der CDU oder sonst von irgendjemanden geht, sondern es ist eine Verwaltungsvorlage. Zu dieser Verwaltungsvorlage wird ein Meinungsbild des Rates und der Ausschüsse vorher eingeholt. Dieses Meinungsbild haben wir jetzt in unserem Antrag formuliert. Damit ist das immer noch nicht unser Antrag auf Mittelbereitstellung. Und da sind wir der Auffassung, dass diese Mittelbereitstellung im Rahmen der Haushaltsberatungen – und der Kämmerer hat es zugesagt – durch die Haushaltssatzung festgelegt wird. Und genau dann, liebe Kollegen von Grünen, Linken und FDP, genau dann haben wir die Gelegenheit, über die Sinnhaftigkeit eines Vorschlages zu diskutieren oder andere Vorschläge da zu machen. Genau wie wir das getan haben. Da hat der Fraktionsvorsitzende schon darauf hingewiesen, als wir die mags entsprechend ausgestattet haben, haben wir gesagt, das finanzieren wir auch und haben dazu einen Vorschlag gemacht. Und das ist unsere solide und ehrliche Politik. Die kann man uns auch nicht mit böartigen Unterstellungen ausreden.

RH Dr. Schlegelmilch:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich bin dem Vorredner sehr dankbar. Ich will vielleicht noch kurz ergänzen, weil Herr Sasserath, Sie haben eben gesagt: Wir kennen das ja von der CDU. Ich verbinde damit fast Ihren Hilferuf, das finanziell umzusetzen, was Sie sich alle wünschen und gleich noch mal bitte an die Fraktionsvorsitzende der FDP und an viele andere, die mit dem Kopf durch die Wand wollen, nach dem Motto: Was kostet die Welt? Ohne im Grund genommen Antworten

zu geben. Wer mit dem Kopf durch die Wand will, der provoziert letztlich Steuererhöhungen. Das muss einem wohl klar sein. Und genau deswegen, genau deswegen, damit wir uns zum Zeitpunkt, wo das Thema zur Entscheidung ansteht auch klar ins Blau der Augen gucken können, jedenfalls die, die es dann haben, damit das genau klar ist, ist auch genauso wichtig, diese Diskussion transparent zu führen. Ich gehe auch davon aus, dass genau mit dem Ziel übrigens, der Verwaltungsvorstand diese Vorlage an die Politik gespielt hat. Ansonsten hätte er unter der Maßgabe der Ausführungen des Kämmerers, dass es ja eine gesetzliche Pflichtleistung ist, der Haushalt auch unmittelbar diese Maßnahme auch schon beinhalten können, meine Damen und Herren. Das wäre aber vielleicht der Versuch gewesen, es intransparent zu halten. Insofern gehe ich davon aus, dass diese Diskussion, die wir heute geführt haben, auch mit dem Ziel geführt wird, die Öffentlichkeit in die Ziele auch mit einzubeziehen. Ich halte dieses Anliegen für absolut sinnvoll. Weil es hier eben nicht um 2,50 € geht, sondern um das Abwägen, in welchem Umfang wir am Ende was machen und was auch machbar ist und dafür kennt man auch diese Ratsmehrheit, weil die pragmatisch versucht, Verbesserungen für diese Stadt deutlich zu machen und nach vorne zu bringen. Und das macht ja gerade den gegenwärtigen Erfolg dieser Stadt nicht unwesentlich aus. Und Herr Sasserath, vielleicht was den Familienbegriff angeht, können wir Ihnen gerne weiter helfen. Damit wir den Verschwörungstheoretikern, die wieder böse Dinge vermuten, entgegen treten können. Ich glaube, dass der Hinweis und das Paspertou, was wir mit der Initiative Familienkarte kinderreicher Familien gegeben haben, ohne es jetzt hier auszuweiten, deutliche Hinweise gibt und einen letzten Punkt hätte ich noch als Bitte. Die Diskussion, die wir hier geführt haben, wörtlich zu protokollieren. Besten Dank.

RH Dr. Brenner:

Es scheint ja so, dass wir ja jetzt fast am Ende der Diskussion sind. Ich will noch mal zum Kern des Problems zurückkommen. Wir haben eigentlich nicht gehört, dass die Bedarfszahlen oder die Bedarfsprognosen in irgendeiner Weise angezweifelt worden sind. Insofern ist die Verwaltungsvorlage weiterhin eine ganz solide Basis unserer politischen Überlegungen. Die Bedarfslücke ist gegenüber dem Vorjahr, wenn ich das überblicke, etwa verdoppelt. Wenn wir jetzt zögerlich ausbauen, dann wird, das prognostiziere ich, die Bedarfslücke im nächsten Jahr weiter ansteigen. Wir haben die Ausbauschwerpunkte in der Verwaltungsvorlage im Jahr 2000, ja gegen Ende des 6-jahres-Zeitraumes gelegt, das heißt, es könnte uns drohen, dass die nächsten 3 bis 4 Jahre erhebliche Versorgungslücken in der Stadt jedes Jahr wieder auflaufen und dass wir Riesenprobleme haben, die Stadt für junge Familien attraktiv zu halten oder zu machen. Und aus diesem Engpass müssen wir möglichst schnell herauskommen und deswegen bitte ich Sie noch mal, sich einen Ruck zu geben und unserem Antrag zu folgen, einige der Ausbauplanungen nach vorne zu verlagern, damit diese Diskussion, die wir jetzt führen nicht in den nächsten Jahren mit verschärftem Ton weiter geführt werden muss. Vielen Dank.

Oberbürgermeister Reiners

Es liegen zwei Fraktionsanträge vor. Über die lasse ich auch beide abstimmen, damit niemand sich beschweren kann, irgendetwas wäre hier nicht zur Abstimmung gestellt worden. Ich lasse aber zuerst über den Antrag von CDU und SPD abstimmen, der ja auch Bezug nimmt auf die Verwaltungsvorlage. Und ich lasse auch getrennt über die 4 einzelnen Punkte abstimmen, weil das vorhin gewünscht wurde.

Oberbürgermeister Reiners lässt zuerst über den Antrag der Ratsfraktionen von CDU und SPD abstimmen. Die Abstimmung erfolgt getrennt zu den einzelnen Punkten des Antrages.

Abstimmungsergebnis zu 1: Einstimmiger Beschluss

Abstimmungsergebnis zu 2: Mit Stimmenmehrheit beschlossen (Nein-Stimmen: 13)

Abstimmungsergebnis zu 3: Einstimmiger Beschluss

Abstimmungsergebnis zu 4: Mit Stimmenmehrheit beschlossen (Nein-Stimmen: 11)

Danach lässt Oberbürgermeister Reiners über den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit abgelehnt (Enthaltungen: 3)

Zu Punkt 22.1	Ausbauplanung Kindertageseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2017/2018 bis 2022/23 - Ergänzungsantrag zur Vorlage 2297/IX hier: Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2017
--------------------------	---

Diskussionsteilnehmer und Abstimmungsergebnis siehe Tagesordnungspunkt 22.

Der Jugendhilfeausschuss / der Hauptausschuss empfiehlt, der Rat beschließt:

1. Zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte (U3 und Ü3) und zum Abbau von Überbelegungen beginnt die Stadt zügig mit eigenen Ausbaumaßnahmen und übernimmt die Trägerschaft dieser neuen Einrichtungen. Dazu werden mindestens drei der für die Kindergartenjahre 2021/22 und 2022/23 vorgesehenen Neubaumaßnahmen auf die Kindergartenjahre 2018/19 und 2019/20 vorgezogen.
2. Die Gemeinbedarfsflächen, die zur Umsetzung des als notwendig erachteten Neubauprogramms zur Errichtung weiterer Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet unabdingbar sind, werden von der Verwaltung bis zum Ende des Kindergartenjahres 2017/18 definiert und ausgewiesen. Sie erhalten in der verwaltungsinternen Abstimmung mit dem Fachbereich Stadtentwicklung und Planung und mit der EWMG Vorrang vor anderen Stadtentwicklungsoptionen.
3. Die Verwaltung trifft Vorkehrungen, dass das Neubauprogramm zur Errichtung weiterer Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet dadurch abgesichert wird, dass die Stadt selbst die Trägerschaft für bis zur Hälfte der zugebauten Einrichtungen übernehmen kann, falls im Stadtgebiet keine Freien Träger gefunden werden können, die bereit sind, eine Trägerschaft zu den gesetzlich vorgesehenen Konditionen zu übernehmen.